

Protokoll 85. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 26. Oktober 2011, 17.00 Uhr bis 20.06 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Jürg Ammann (Grüne), Marlène Butz (SP), Dominique Feuillet (SP), Balthasar Glättli (Grüne), Marc Hohl (FDP), Maleica Landolt (GLP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Bruno Sidler (SVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2011/324](#) Eintritt von Heinz Schatt (SVP) anstelle des zurückgetretenen Bruno Wohler (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. [2011/353](#) Eintritt von Gerhard Bossard (EVP) anstelle des zurückgetretenen Hanspeter Kunz (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
4. [2011/354](#) Eintritt von Patrick Hadi Huber (SP) anstelle der zurückgetretenen Beatrice Reimann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
5. [1988/24](#) * Weisung vom 28.09.2011: VGU
Motion von Hans von Niederhäusern (SP) und 11 Mitunterzeichnenden über Wohnmöglichkeiten für körperlich mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Personen, Bericht und Abschreibung
6. [2011/93](#) * Weisung vom 28.09.2011: VIB
Einzelinitiative von Marco Denoth vom 15. März 2011 betreffend 10-Minuten-Takt in Randzeiten und am Wochenende auf der Tramlinie 10, Ablehnung
7. [2011/355](#) * Weisung vom 28.09.2011: VHB
Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Tüffenwies, Zürich Altstetten
8. [2011/363](#) * Weisung vom 05.10.2011: VS
Projekt ELUSA (ehemals Projekt FAMOZ), Bericht

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------|--|-----|
| 9. | 2011/358 | *
E | Postulat von Matthias Probst (Grüne) und 4 Mitunterzeichnenden vom 28.09.2011:
Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse | VTE |
| 10. | 2011/359 | *
E | Postulat von Kathy Steiner (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 28.09.2011:
Ideenwettbewerb für die Weiterentwicklung des Gebietes um die Wasserwerkstrasse, zwischen Kornhausbrücke und Textilfachschule | VHB |
| 11. | 2011/360 | *
E | Postulat von Gian von Planta (GLP) und Katrin Wüthrich (SP) vom 28.09.2011:
Einführung von Tempo 30 auf der Hardturmstrasse zwischen den beiden Verzweigungen mit der Förrlibuckstrasse | PV |
| 12. | 2010/338 | | Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung, Beschwerde gegen den Entscheid des Gemeinderats vom 7. Juli 2010, Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 13. | 2006/54 | | Weisung vom 01.06.2011:
Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung, ergänzender Bericht zum Postulat von Pierino Cerliani (Grüne) | VGU |
| 14. | 2008/470 | | Weisung 308 vom 22.10.2008:
Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Corine Mauch (SP) betreffend 2000-Watt-Gesellschaft, konkrete Schritte und Massnahmen bis ins Jahr 2050, Antrag auf Abschreibung | VGU |
| 15. | 2011/286 | | Weisung vom 13.07.2011:
Beiträge an das Diakonenhaus St. Stephanus Nidelbad-Rüschlikon und an die Krankenstation Schimmelstrasse, Aufhebung | VGU |
| 16. | 2011/119 | | Weisung vom 13.04.2011:
Revision von Art. 12 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR), Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag für Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt | FV |
| 17. | 2011/139 | | Weisung vom 20.04.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Renovation der Wohnsiedlung Luggweg | FV |
| 18. | 2009/600 | E/A | Postulat von Daniel Leupi (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 11.12.2009:
Bericht über die Auswirkungen von Ersatzneubauten auf das Wohnungsangebot | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

1842. 2011/374**Motion der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Stadtpolizei Zürich, Aufstockung des aktiven Sollbestands um 60 Personen**

Markus Hungerbühler (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1843. 2011/375**Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) und Daniel Meier (CVP) vom 05.10.2011:
Wiedereinführung der polizeilichen Datenbank GAMMA**

Markus Hungerbühler (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1844. 2011/380**Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Stadion Letzigrund, Umgestaltung des Aussenzauns zur Verbesserung der
Sicherheit**

Markus Hungerbühler (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1845. 2011/381**Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Verstärkte Personenkontrolle beim Einlass zu den Heimspielen des FCZ und GCZ**

Markus Hungerbühler (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

1846. 2011/382**Postulat der CVP-Fraktion vom 05.10.2011:
Ausarbeitung eines Sicherheitskonzepts für sämtliche Nutzerbedürfnisse in und
um das Stadion Letzigrund**

Markus Hungerbühler (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 2. November 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1847. 2011/385
Erklärung der FDP-Fraktion vom 26.10.2011:
«Occupy Paradeplatz»

Namens der FDP-Fraktion verliest Tamara Lauber (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Das Gesetz muss für alle gleich gelten

Seit über einer Woche gleicht der Lindenhof einem Campingplatz. Die von Zürich Tourismus beschriebene Oase der Ruhe und Erholung inmitten der Stadt ist zum Standort einer unbewilligten politischen Manifestation verkommen.

Dem Vernehmen nach vertritt der Stadtrat den Standpunkt, dass es sich beim Lindenhof nicht um wildes Campieren sondern eine politische Bewegung handelt. Die FDP stellt fest, dass für den grünen Polizeivorsteher Daniel Leupi die Gesetze offenbar nicht für alle gleich gelten. Während die FDP für den letzten Samstag mit viel Bürokratiekrieg für die Bewilligung eines Zelttes von 3x3 Metern während zwei Stunden 249 Franken bezahlen mussten, campieren Anhänger der so genannten Occupy Paradeplatz Bewegung seit über einer Woche ohne Bewilligung und gebührenfrei auf dem Lindenhof. Gesetzeswidrig ist insbesondere, dass die so genannte politische Bewegung auch am letzten Sonntag ohne Konsequenzen demonstrieren durfte. An öffentlichen Ruhetagen sind unseres Wissens politische Kundgebungen nicht erlaubt.

Die FDP fordert den Stadtrat, insbesondere den grünen Polizeivorsteher auf, die geltende Allgemeine Polizeiverordnung (APV) sowie die Vorschriften über die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken (VBöGS), welche auch Links-Grün erlassen haben, für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gleich anzuwenden. Die FDP erwartet, dass die illegalen Besetzer des Lindenhofs den Platz wieder freigeben.

Die FDP reicht heute eine Interpellation an den Stadtrat ein. Dabei interessiert sie besonders:

- wann die verantwortlichen Gruppierungen zur Verantwortung gezogen werden,
- ob es akzeptabel ist, dass Polizeivorsteher Daniel Leupi ausgerechnet seinem politischen Lager andere Spielregeln zugesteht
- ob diejenigen, welche sich an die Regeln halten nicht benachteiligt werden, gegenüber denjenigen, die sich um Bewilligungen foutieren
- und ob sämtliche Regulierungen betreffend Bewilligungen politischer Veranstaltungen auf öffentlichem Grund sowie sämtliche Gebühren zur Benützung des öffentlichen Grundes nunmehr auch für alle anderen politischen Gruppierungen hinfällig sind.

Schliesslich haben sich die Linksaktivisten mit ihrem Vorgehen gegenüber gesetzestreuen Organisatoren zahlreiche Vorteile erschlichen, wie etwa:

- Entfall der verschiedenen Bewilligungsgebühren;
- Entfall des Bewilligungsprozesses;
- Keine Übernahme von Verantwortung für Probleme, Schäden, Verschmutzungen, Abbaukosten usw.;
- Ausdehnung der politischen Kundgebung in einem Ausmass und einer Dauer, die niemals bewilligungsfähig gewesen wären;
- Durchführung einer politischen Kundgebung auch während eines öffentlichen Ruhetages.

Offenbar gilt für Stadtrat Leupi das Gesetz für die einen gleicher als für die andern. Wir wollen nicht akzeptieren, dass in dieser Stadt die Frechsten mehr Rechte erhalten als diejenigen, die sich an die Regeln halten.

1848. 2011/386
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:
«Occupy Paradeplatz»

Namens der Grüne-Fraktion verliest Simon Kälin (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Eine Welt im Umbruch

Derzeit erleben wir mehr denn je eine Welt im Umbruch. Veränderungen als Folge der grössten Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte erschüttern auch unser Land und unsere Stadt.

Der Finanzplatz Zürich ist mit ein Teil der globalisierten Wirtschaft und damit direkt von der gegenwärtigen Krise und ihren Auswirkungen betroffen. Der Paradeplatz bildet den Mittelpunkt des Finanzplatzes und ist das Machtzentrum global agierender Finanzkonzerne. Seine friedliche Besetzung durch engagierte Menschen ist darum ein mehr als symbolträchtiger und dringend notwendiger Protest.

„Occupy Paradeplatz“ ist Teil einer weltumspannenden, basisdemokratischen Bürger- und Protestbewegung. Sie ist als Ausdruck einer grenzüberschreitenden und völkerverbindenden Solidarität zu verstehen. Sie stellt sich auf friedliche Art und Weise gegen die krassen Auswüchse eines in den vergangenen Jahrzehnten ausser Rand- und Band geratenen Finanz- und Bankensystems und sucht nach Auswegen aus der Krise.

Unsere Zukunft scheint ungewisser denn je. Das auch vor dem Hintergrund immer knapper werdender Rohstoffe und den Herausforderungen einer sich weiter verschärfenden Klimakrise. Am Ende des Wachstumswahns angelangt, fühlen sich breitere Kreise der Bevölkerung verunsichert und stellen sich berechtigterweise die Frage, wie es denn jetzt weitergehen soll.

Wird es gelingen, den riesigen Tanker noch vor der Kollision mit dem Eisberg zu wenden? Die Zeit für einen Kurswechsel ist mehr als reif, die Grünen fordern diesen bereits mit der laufenden Volksinitiative für eine grüne, nachhaltige Wirtschaft.

Das Gerechtigkeitsempfinden vieler ist verletzt. Das Bankensystem darf nicht um jeden Preis auf dem Buckel der breiten Bevölkerung gerettet werden. Vielmehr müssen grundsätzlichere, gesellschaftskritische Fragen gestellt und auch beantwortet werden. Global denken, lokal handeln: Wir Grünen nehmen gerne an diesem kreativen Prozess teil auf der Suche nach Lösungen für eine nachhaltige Zukunft.

G e s c h ä f t e

1849. 2011/324
Eintritt von Heinz Schatt (SVP) anstelle des zurückgetretenen Bruno Wohler (SVP)
für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 14. September 2011 anstelle von Bruno Wohler (SVP 12) mit Wirkung ab 7. Oktober 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Heinz Schatt (SVP 12), dipl. Bauing. ETH, geboren am 3. Februar 1954, von Unteriberg/SZ, Amazonenstrasse 5 113, 8051 Zürich

1850. 2011/353
Eintritt von Gerhard Bosshard anstelle des zurückgetretenen Hanspeter Kunz
(EVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 19. September 2011 anstelle von Hanspeter Kunz (EVP 9) mit Wirkung ab 6. Oktober 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Gerhard Bosshard (EVP 9), Pfarrer, geboren am 8. März 1954, von Hittnau/ZH, Triemlistrasse 24, 8047 Zürich

1851. 2011/354**Eintritt von Patrick Hadi Huber (SP) anstelle der zurückgetretenen Beatrice Reimann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014**

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 19. September 2011 anstelle von Beatrice Reimann (SP 4 und 5) mit Wirkung ab 6. Oktober 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Patrick Hadi Huber (SP 4 und 5), Student, Consultant, geboren am 23. Juli 1980, von Uesslingen-Buch/TG, Heinrichstrasse 237, 8005 Zürich

1852. 1988/24**Weisung vom 28.09.2011:****Motion von Hans von Niederhäusern (SP) und 11 Mitunterzeichnenden über Wohnmöglichkeiten für körperlich mehrfach behinderte, pflegebedürftige Personen, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. Oktober 2011

1853. 2011/93**Weisung vom 28.09.2011:****Einzelinitiative von Marco Denoth vom 15. März 2011 betreffend 10-Minuten-Takt in Randzeiten und am Wochenende auf der Tramlinie 10, Ablehnung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 24. Oktober 2011

1854. 2011/355**Weisung vom 28.09.2011:****Amt für Städtebau, Teilrevision der Nutzungsplanung, Zonenplanänderung Tüffenwies, Zürich Altstetten**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 24. Oktober 2011

1855. 2011/363**Weisung vom 05.10.2011:****Projekt ELUSA (ehemals Projekt FAMOZ), Bericht**

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 24. Oktober 2011

1856. 2011/358**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und 4 Mitunterzeichnenden vom 28.09.2011: Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1857. 2011/359

Postulat von Kathy Steiner (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) vom 28.09.2011:

Ideenwettbewerb für die Weiterentwicklung des Gebietes um die Wasserwerkstrasse, zwischen Kornhausbrücke und Textilfachschule

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1858. 2011/360

Postulat von Gian von Planta (GLP) und Katrin Wüthrich (SP) vom 28.09.2011: Einführung von Tempo 30 auf der Hardturmstrasse zwischen den beiden Verzweigungen mit der Förrlibuckstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Marc Bourgeois (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1859. 2010/338

(2008/45 - Weisung 216 vom 23.01.2008)

Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung, Beschwerde gegen den Entscheid des Gemeinderats vom 7. Juli 2010, Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich

Ausstand: Albert Leiser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich (Beschluss Nr. 301) vom 7. Juli 2010 wurde beim Bezirksrat Zürich Beschwerde eingereicht. Mit Beschluss vom 17. März 2011 hat der Bezirksrat das Verfahren zuständigkeitshalber an das Baurekursgericht des Kantons Zürich überwiesen. Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat am 24. Mai 2011 (Urteil AN.2011.00003) die Zuständigkeit des Baurekursgerichts des Kantons Zürich zur Behandlung des Rekurses bestätigt.

Mit Präsidialverfügung vom 27. September 2011 (R1S.2011.05041b) setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich der Stadt Zürich, vertreten durch den Gemeinderat Zürich, eine Frist bis zum 27. Oktober 2011, um beim Baurekursgericht des Kantons Zürich

eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK PD/V sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Beschwerdeschrift der Genossenschaft Hauseigentümergebiet Zürich, der City Vereinigung Zürich, der ACS Sektion Zürich und des Gewerbeverbands der Stadt Zürich vom 9. August 2010
- Präsidialverfügung des Bezirksrats Zürich (GE.2010.73.2.02.00) vom 30. November 2010
- Beschluss des Bezirksrats Zürich vom 17. März 2011
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 23. März 2011 (R1S.2011.05041)
- Beschwerdeschrift der Genossenschaft Hauseigentümergebiet Zürich, der City Vereinigung Zürich, der ACS Sektion Zürich und des Gewerbeverbands der Stadt Zürich vom 20. April 2011
- Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich vom 24. Mai 2011 (AN.2011.00003)
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich vom 27. September 2011 (R1S.2011.05041b)

Die Mehrheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 4 Gemeindeordnung). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und die SK PD/Verkehr.

Die Minderheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich wird durch den Gemeinderat eingereicht.

Mehrheit:	Präsident Joe A. Manser (SP), Referent; 2. Vizepräsident Martin Abele (Grüne), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mark Richli (SP), Gian von Planta (GLP)
Minderheit:	Mauro Tuena (SVP), Referent
Ausstand:	1. Vizepräsident Albert Leiser (FDP)
Ohne Stimmrecht:	Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP, abwesend)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 37 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 4 Gemeindeordnung). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und die SK PD/Verkehr.

Mitteilung an den Stadtrat

1860. 2006/54**Weisung vom 01.06.2011:****Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung, ergänzender Bericht zum Postulat von Pierino Cerliani (Grüne)**

Antrag des Stadtrats

Vom ergänzenden, mit Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 angeforderten Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» wird Kenntnis genommen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgendes Dispositiv an Stelle des Dispositivs des Stadtrats:

Die Behandlung der Weisung 2006/54 wird sistiert bis zum Vorliegen des beschlossenen Massnahmenplans Luftreinhaltung der Stadt Zürich.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Margrit Haller (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit:	Simon Kälin (Grüne), Referent, i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 20 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom ergänzenden, mit Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 angeforderten Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Referent; Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
Minderheit:	Simon Kälin (Grüne), Referent, i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)
Enthaltung:	Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 20 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom ergänzenden, mit Beschluss des Gemeinderates vom 3. Juni 2009 angeforderten Bericht des Stadtrates «Massnahmenpaket zur Reduktion der Feinstaubbelastung» wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

1861. 2008/470**Weisung vom 22.10.2008:****Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Corine Mauch (SP) betreffend 2000-Watt-Gesellschaft, konkrete Schritte und Massnahmen bis ins Jahr 2050, Antrag auf Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Legislatorschwerpunkt «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Corine Mauch (SP) vom 9. Mai 2007 betreffend die 2000-Watt-Gesellschaft, konkrete Schritte und Massnahmen bis ins Jahr 2050, wird als erledigt abgeschrieben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgendes Dispositiv an Stelle des Dispositivs des Stadtrats:

1. Der Sistierungsbeschluss der SK GUD vom 26. März 2009 bleibt in Kraft bis zum Vorliegen des „Konzepts Energieversorgung 2050“.

2. Zur Erfüllung dieses Auftrags wird dem Stadtrat eine Nachfrist von maximal einem Jahr eingeräumt.

- Mehrheit: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Margrit Haller (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
- Minderheit: Simon Kälin (Grüne), Referent, i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Ziffer 1:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Legislatorschwerpunkt «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wird Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Ziffer 1:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Legislatorschwerpunkt «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wird ablehnend Kenntnis genommen.

- Mehrheit: Alexander Jäger (FDP), Referent; Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Andrea Hochreutener (SP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
- Minderheit: Margrit Haller (SVP), Referentin; Jürg Ammann (Grüne), Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Simon Kälin (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 36 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

- Mehrheit: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Martin Bürlimann (SVP) i.V. von Urs Weiss (SVP), Margrit Haller (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Marianne Dubs Früh (SP), Marcel Schönbächler (CVP)
- Minderheit: Simon Kälin (Grüne), Referent, i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Jürg Ammann (Grüne), Bernhard Piller (Grüne) i.V. von Karin Meier-Bohrer (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 16 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Legislatorschwerpunkt «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wird Kenntnis genommen.

2. Die Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Corine Mauch (SP) vom 9. Mai 2007 betreffend die 2000-Watt-Gesellschaft, konkrete Schritte und Massnahmen bis ins Jahr 2050, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

1862. 2011/286

Weisung vom 13.07.2011:

Beiträge an das Diakonenhaus St. Stephanus Nidelbad-Rüschlikon und an die Krankenstation Schimmelstrasse, Aufhebung

Antrag des Stadtrats

Der GRB Nr. 1008 vom 11. November 1959 betreffend Beitrag an das Diakonenhaus St. Stephanus Nidelbad-Rüschlikon und der GRB Nr. 785 vom 9. Januar 1991 betreffend Stadtärztlicher Dienst, Krankenstation Schimmelstrasse, Übernahme des jährlichen Betriebsdefizits, werden aufgehoben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Margrit Haller (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Marc Hohl (FDP) i.V. von Alexander Jäger (FDP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Urs Weiss (SVP)

Abwesend: Dr. Zora Ledergerber (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 111 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der GRB Nr. 1008 vom 11. November 1959 betreffend Beitrag an das Diakonenhaus St. Stephanus Nidelbad-Rüschlikon und der GRB Nr. 785 vom 9. Januar 1991 betreffend Stadtärztlicher Dienst, Krankenstation Schimmelstrasse, Übernahme des jährlichen Betriebsdefizits, werden aufgehoben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Dezember 2011)

1863. 2011/119**Weisung vom 13.04 2011:****Revision von Art 12 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR), Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag für Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt**

Antrag des Stadtrats:

Art. 12 Abs. 2 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals wird wie folgt geändert (Änderungen kursiv):

²Die Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag ist zulässig für

1. Lehrlinge nach der Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung und Auszubildende in Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens;
2. Praktikantinnen und Praktikanten;
3. nicht vollamtliche Dozentinnen und Dozenten;
4. Angestellte, deren Lohn durch Legate, Forschungsfonds oder ähnliche Mittel Dritter finanziert wird oder
5. *Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt.*

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Überweisung der Vorlage als Ganzes an die Redaktionskommission (RedK)

Der Rat stimmt der Vorlage als Ganzes mit 101 gegen 0 Stimmen zu und überweist diese an die RedK.

Damit ist beschlossen:

Der Art. 12 Abs. 2 der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals wird zur Überprüfung an die RedK überwiesen (Art. 38 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR):

²Die Anstellung mit öffentlich-rechtlichem Vertrag ist zulässig für

1. Lehrlinge nach der Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung und Auszubildende in Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens;
2. Praktikantinnen und Praktikanten;
3. nicht vollamtliche Dozentinnen und Dozenten;
4. Angestellte, deren Lohn durch Legate, Forschungsfonds oder ähnliche Mittel Dritter finanziert wird oder
5. *Beschäftigte in Angeboten zur Integration in den Arbeitsmarkt.*

Mitteilung an den Stadtrat

1864. 2011/139**Weisung vom 20.04.2011:
Liegenschaftsverwaltung, Renovation der Wohnsiedlung Luggweg**

Antrag des Stadtrats:

Für die Zusammenlegung von 48 kleinräumigen 1-, 2- und 3-Zimmer-Wohnungen zu je 8 2½-, 4½- und 5½-Zimmer-Wohnungen, die Vergrösserung von 8 3½-Zimmer-Wohnungen für eine neue Nasszelle, den Ersatz von 56 Balkonen und das Anbringen von 7 neuen Balkonen, die Umgestaltung von 7 Einzelgaragen zu Räumen für Hauswart, Geräte und Velos, für Velounterstände und für die Neuanlage der Spielplätze in der Wohnsiedlung Luggweg, Quartier Altstetten, wird ein Objektkredit von Fr. 9 115 000.— (Preisstand 1. April 2010) bewilligt.

Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Kathy Steiner (Grüne), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Salvatore Di Concilio (SP), Dr. Davy Graf (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i.V. von Marlène Butz (SP), Matthias Wiesmann (GLP)
Minderheit:	Urs Fehr (SVP), Referent; Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
Abwesend:	Vizepräsident Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 20 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Zusammenlegung von 48 kleinräumigen 1-, 2- und 3-Zimmer-Wohnungen zu je 8 2½-, 4½- und 5½-Zimmer-Wohnungen, die Vergrösserung von 8 3½-Zimmer-Wohnungen für eine neue Nasszelle, den Ersatz von 56 Balkonen und das Anbringen von 7 neuen Balkonen, die Umgestaltung von 7 Einzelgaragen zu Räumen für Hauswart, Geräte und Velos, für Velounterstände und für die Neuanlage der Spielplätze in der Wohnsiedlung Luggweg, Quartier Altstetten, wird ein Objektkredit von Fr. 9 115 000.— (Preisstand 1. April 2010) bewilligt.

Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. November 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Dezember 2011)

1865. 2009/600

Postulat von Daniel Leupi (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 11.12.2009:

Bericht über die Auswirkungen von Ersatzneubauten auf das Wohnungsangebot

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Karin Rykart Sutter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5296/2009).

Roger Liebi (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 13. Januar 2010 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 54 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1866. 2011/387

Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 26.10.2011:

Erstellung von Lärmschutzwänden entlang der Ueberlandstrasse und der Winterthurerstrasse

Von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 26. Oktober 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, im Hinblick auf die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen entlang der Ueberlandstrasse und Winterthurerstrasse von der Autobahnausfahrt bis zur Bülachstrasse die Erstellung von Lärmschutzwänden zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht über das Ergebnis der Prüfung sowie über die Planung und Umsetzung dieser Massnahme zu erstatten.

Begründung:

Mit der Einhausung der Autobahn durch Schwamendingen wird für die Bevölkerung von Schwamendingen eine massive Verbesserung der Wohnqualität erreicht. Mit vertretbarem Aufwand lassen sich durch geeignete Lärmschutzwänden an geeigneten Stellen an der sehr stark befahrenen Ueberlandstrasse und anschliessend an der Winterthurerstrasse zwischen dem Autobahnende und der Bülachstrasse ebenfalls massive Verbesserungen erreichen. Dies ist umso dringlicher, als an dieser Strecke verschiedene grössere Wohnbauten neu erstellt worden oder im Bau sind.

Mitteilung an den Stadtrat

1867. 2011/388**Postulat der FDP- und der SVP-Fraktion vom 26.10.2011:
Verbesserung der Kostendeckung der Hort- und Krippentarife**

Von der FDP- und der SVP-Fraktion ist am 26. Oktober 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Hort- und Krippentarife so bald als möglich grundlegend überarbeitet werden können, mit dem Ziel die Kostendeckung zu verbessern.

Begründung:

Die aktuellen Horttarife decken bei weitem nicht die Kosten der Kinderbetreuung. Die heutigen minimalen Horttarife sind siebenmal tiefer als die maximalen Tarife. Die tiefsten Tarife sind so niedrig angesetzt, dass die ausserschulische Kinderbetreuung fast gratis ist. Gleichzeitig steigen die Betreuungskosten jährlich rasant an, weil die Zahl der zu betreuenden Kinder stetig wächst. Damit der Kostendeckungsfaktor im Bereich der Kinderbetreuung verbessert werden kann, ist eine moderate Erhöhung der Tarife angezeigt. Mit einer bescheidenen Anhebung der Beiträge im unteren Bereich der Tarife kann die Kostenstruktur im Betreuungsbereich verbessert werden.

Die Betreuungskosten im oberen Tarifbereich sind bereits heute relativ hoch, insbesondere wenn eine Familie mehr als ein Kind im Hort hat.

Eine Herabsetzung der Einkommensobergrenze, wie sie die Weisung 2011/155 vorschlägt birgt einiges an erneuten Verwaltungskosten und die daraus resultierenden Minderkosten sind verhältnismässig bescheiden. Eine Anpassung im unteren Bereich des Tarifs würdemehr zur Kostendeckung im Hortbereich beitragen.

Mitteilung an den Stadtrat

1868. 2011/389**Postulat der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:
Unterwerk Selnau, Angliederung an die städtische Kulturabteilung**

Von der Grüne-Fraktion ist am 26. Oktober 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Unterwerk Selnau aus dem ewz aus- und der städtischen Kulturabteilung angegliedert werden kann.

Begründung:

Das Unterwerk Selnau ist für das Kerngeschäft des ewz – die Bereitstellung von Strom – von keinerlei Bedeutung: Seit Jahren wird es nur noch für die Durchführung kultureller Veranstaltungen genutzt. Das ewz scheint allerdings in Bezug auf den Beitrag, den das Unterwerk Selnau an das kulturelle Leben in Zürich leisten könnte oder sollte, keinen nachvollziehbaren Plan zu verfolgen, sondern betreibt damit lediglich gezielte Imagepflege. Als Institution der Abteilung Kultur könnte das Unterwerk Selnau hingegen in das umfassende städtische Kultur- und Veranstaltungskonzept einbezogen und somit sinnvoller genutzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

1869. 2011/390**Postulat der Grüne-Fraktion vom 26.10.2011:
Verwendung eines Anteils der zur Verfügung stehenden freien Mittel für die Kulturförderung**

Von der Grüne-Fraktion ist am 26. Oktober 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mindestens 15% der freien Mittel in sämtlichen Bereichen der Kulturförderung speziell für die Unterstützung von besonders jungen Kulturschaffenden und Nachwuchskünstlerinnen und -künstlern einzusetzen.

Begründung:

Die Möglichkeit für junge Kulturschaffende, erste kreative Projekte umzusetzen, sollte nicht vom elterlichen Portemonnaie abhängig sein. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass der künstlerische Nachwuchs sich bei der Suche nach finanzieller Unterstützung noch nicht auf einen umfangreichen Leistungsausweis berufen kann. Es ist deshalb nicht sinnvoll, einen solchen für die Gewährung eines Förderkredits in jedem Fall vorauszusetzen.

Analog der bisherigen Praxis im Popkredit sollte stattdessen in möglichst allen Bereichen der Kulturförderung eine Handhabe geschaffen werden, um auch jungen und weniger erfahrenen Kulturschaffenden im Sinne einer Starthilfe finanzielle Unterstützung zu gewähren. Dafür sind jeweils 15% der in jedem Bereich zur Verfügung stehenden freien Mittel zu reservieren.

Mitteilung an den Stadtrat

1870. 2011/391

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 26.10.2011:

Mitteilung an die Stimmberechtigten betreffend der fristgerechten Rücksendung der Abstimmungsunterlagen

Von Martin Bürlimann (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) ist am 26. Oktober 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie den Wählerinnen und Wählern mitgeteilt werden kann, bis wann die Stimm- und Wahlcouverts per Post abgeschickt sein müssen, damit sie rechtzeitig im Wahlbüro ankommen.

Begründung:

Es herrscht Unklarheit, bis wann vor dem Wahlsonntag die Stimmcouverts in den gelben Briefkasten geworfen sein müssen. Der Versand geschieht mit B-Post. Einzelne B-Post-Briefe sind bis zu 5-8 Tage unterwegs. Daher sollte ein klarer Vermerk angebracht sein, bis zu welchem Tag und Uhrzeit der Brief bei einer Postfiliale oder einem Briefkasten eingeworfen sein muss. Nach diesem Termin müssen die Wahl- und Stimmzettel in einer Urne eingelegt werden. Der Vermerk könnte auf dem Couvert, auf dem Stimmausweis oder in einer separaten Wahanleitung angebracht sein.

Mitteilung an den Stadtrat

1871. 2011/392

Interpellation von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011:

Gas- und Fernwärmeversorgung in Zürich-Nord, Versorgungsnetz und Tarifpolitik

Von Michèle Halser-Furrer (EVP) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 26. Oktober 2011 folgende Interpellation eingereicht worden:

Erhaltung der Gasversorgung in Zürich-Nord und Klärung der undurchsichtigen Anschluss- und Tarifpolitik der Fernwärme.

Erdgas Zürich AG, zu 96 % im Besitz der Stadt mit Stadtrat Andres Türler als Verwaltungsratspräsident, hat kürzlich ihrer Kundschaft im Einzugsgebiet der Fernwärme Zürich Nord die Gaslieferung ab 2015 teilweise, ab 2019 vollständig aufgekündigt. Dies hat für die Betroffenen massive Kosten zur Folge und könnte sich auch ökologisch als Fehlschuss erweisen. Die Fernwärme schliesst nur grosse Energiebezügler an, diskriminiert damit die Kleinen und Sparsamen. Viele Kleinbezügler sind unter Umständen schon aus finanziellen Gründen gezwungen, das Gas durch Öl zu ersetzen, was angesichts der Umstiegsprämien, die Erdgas Zürich für den Wechsel von Öl auf Gas zahlt, absurd ist. Besonders stossend ist sodann, dass die Fernwärme bis heute obskure Grundlagen für die Anschlusspolitik und die Tarifgestaltung hat. Obwohl es sich bei der Fernwärme – mit Ausnahme der Betriebsteile, die in die Fernwärme Zürich AG ausgelagert wurden – um eine städtische Verwaltungseinheit handelt, sind ihre Reglemente und Tarife, insbesondere die Anschlussstarife, Energieliefertarife und Anschluss- und Bezugsbedingungen, bis heute nicht in vom Gemeinderat oder der Gemeinde erlassenen Rechtsgrundlagen festgelegt.

Der Stadtrat wird in diesem Zusammenhang gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt die Geschäftsleitung von Erdgas Zürich AG die Möglichkeit ein, in Zürich Nord die Gasversorgung auch über 2015/2019 hinaus mit gleicher Wirtschaftlichkeit wie andere Teile ihres Versorgungsnetzes betreiben zu können?
2. Wie beurteilt die Geschäftsleitung von Erdgas Zürich den Umstand, dass durch das Abhängen von Zürich Nord vom Netz eine grosse Zahl von bisherigen Kunden gezwungen sein kann, von Gas auf Öl umzustellen?
3. Weshalb hat es der Stadtrat unterlassen, dem Gemeinderat für die Fernwärme die notwendigen Reglemente und Tarife, insbesondere die Anschlussstarife, Energieliefertarife und Anschluss- und Bezugsbedingungen, im Rahmen entsprechender Verordnungsentwürfe zur Beschlussfassung zu unterbreiten?
4. Bis wann gedenkt der Stadtrat, die notwendigen Rechtsgrundlagen zu erstellen? Bis wann, schätzt der Stadtrat, wird es voraussichtlich dauern, bis sie in Kraft treten können?
5. Auf welche Rechtsgrundlagen stützt der Stadtrat seine Entscheide über aktuelle und künftig wegen des Rückzugs der Gasversorgung auftretende Streitigkeiten über Anschlussberechtigung, Anschlusskosten und Liefertarife zwischen ERZ Fernwärme und ihren Kunden bzw. potenziellen Neukunden?

Mitteilung an den Stadtrat

1872. 2011/393

Interpellation von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 26.10.2011:

«Occupy Bewegung», gesetzliche Grundlagen für politische Kundgebungen und Bewilligungspraxis der Stadt

Von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) ist am 26. Oktober 2011 folgende Interpellation eingereicht worden:

Seit nunmehr zwölf Tagen toleriert das Polizeidepartement eine politische Kundgebung von Linksaktivisten und Anhängern der "Occupy"-Bewegung, die sich vom Paradeplatz auf den Lindenhof verlagert hat. Seither gleicht der Lindenhof einem Zeltplatz. Eine Bewilligung wurde bis heute keine eingeholt, und die Aktivisten beabsichtigen auch nicht, eine solche einzuholen. Im Gegenteil, im persönlichen Gespräch teilen sie ihre Erwartung mit, dass die Stadt den Lindenhof-Besetzern ein Angebot zu unterbreiten habe.

Während man über die Anliegen der Aktivisten durchaus diskutieren kann, überrascht die Art und Weise, wie diese – aber auch die Führung der Stadtpolizei – geltende Gesetze interpretieren oder vielmehr ignorieren. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass das Polizeidepartement unter den üblichen Auflagen eine Bewilligung erteilen würde, wenn sich die Aktivisten auf dem Lindenhof darum bemühen würden?
2. Die Polizei begründete ihr Nichteinschreiten bei der ersten, unbewilligten Demonstration auf dem Paradeplatz mit dem Verhältnismässigkeitsprinzip. Gilt diese Argumentation auch für die Aktion auf dem Lindenhof?
3. Warum hat die Polizei die Fortsetzung der Aktion auf dem Lindenhof von Beginn an toleriert, obwohl auch hierfür keine Bewilligung eingeholt wurde?
4. Werden die Aktivisten für das widerrechtliche Verhalten sowie für die anfallenden Kosten (Bewilligung, Reinigung, ggf. Sicherheitskosten, ggf. Kosten für Zwangsräumung) zur Verantwortung gezogen und bei Gesetzesverstoss gebüsst? Falls nein, wieso nicht?
5. Der Stadtrat stellt sich auf den Standpunkt, es handle sich bei der Aktion auf dem Lindenhof nicht um wildes Campieren, sondern um eine politische Kundgebung. Ist der Stadtrat der Meinung, dies legitimierte das illegale Verhalten der Aktivisten? Wenn ja, mit welcher Begründung?
6. Ist der Stadtrat willens, allen Gruppierungen und Personen hinsichtlich politischer Veranstaltungen dieselben Ausdrucksmöglichkeiten zu denselben Bedingungen zu gewähren – im Bewusstsein, dass damit ohne Praxisänderung ab sofort jede politische Gruppierung ohne Bewilligung und kostenlos jeden beliebigen Platz in der Stadt Zürich für eine beliebig lange Zeit in Beschlag nehmen kann?
7. Der Polizeivorsteher Daniel Leupi äusserte in den Medien sein Verständnis für die Anliegen der „Empörten“. Ist der Stadtrat der Meinung, dass persönliche Vorlieben von Stadträten Sonderbehandlungen rechtfertigen?
8. Der Polizeivorsteher liess sich in den Medien wie folgt verlauten: „Wir tolerieren die Besetzung bis auf

weiteres.“ Solange es keinen Anlass gebe, aufgrund von Lärmklagen oder anderen Belästigungen einzuschreiten, dürften die Aktivisten auf dem Lindenhof bleiben. „Es muss aber klar eine politische Aktion mit politischen Parolen bleiben“. Dürfen wir davon ausgehen, dass dies die neue Praxis für die implizite Bewilligung politischer Veranstaltungen in der Stadt Zürich ist und im Sinne eines Gewohnheitsrechts für alle Gruppierungen einheitlich angewendet wird? Und dass somit auch keinerlei Bewilligungsverfahren mehr notwendig sind und keine Gebühren mehr anfallen?

9. Welche Kosten sind der Stadt bisher durch diese langandauernde Aktion erwachsen? Bitte Reinigungskosten, Sicherheitskosten, Kosten durch entgangene Gebühren für einen Anlass in diesem Umfang sowie weitere Kosten getrennt ausweisen.
10. Gemäss Art. 5 der Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu politischen Zwecken steht der öffentliche Grund für politische Zwecke an öffentlichen Ruhetagen, mit Ausnahme des 1. Mai und des 1. August, nicht zur Verfügung. Der Lindenhof müsste folglich an Sonntagen von den Aktivisten jeweils geräumt werden. Trifft es deshalb zu, dass politische Veranstaltungen an Sonntagen nur jenen möglich sind, die auf das Einholen einer Bewilligung verzichten?
11. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass mit der gewählten Praxis nur Nachteile trägt, wer sich an die geltenden Gesetze hält und Bewilligungen für politische Veranstaltungen einholt? Welche Gründe sprechen aus Sicht eines politischen Veranstalters noch dafür, eine Bewilligung einzuholen, und welchen Zweck erfüllt das Bewilligungsverfahren noch?
12. Wie viel Wert sind die APV bzw. die VBÖGS, wenn diese nicht durchgesetzt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

Die fünf Postulate und die zwei Interpellationen werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1873. 2011/394

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011: Räumungspraxis illegal besetzter Liegenschaften

Von Dr. Daniel Regli (SVP), Sven Oliver Dogwiler (SVP) und 36 Mitunterzeichnenden ist am 26. Oktober 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Stadt Zürich werden immer wieder Liegenschaften privater Immobilien-Eigentümer besetzt. In ihrem ‚Merkblatt Hausbesetzungen in der Stadt Zürich‘ erklärt sich die Stadtpolizei Zürich bereit, eine besetzte Liegenschaft zu räumen, wenn die Eigentümer eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch (Art. 186 StGB) erstatten. Zusätzlich müsse jedoch eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt sein, bevor die Polizei die illegal anwesenden Hausbesetzer aus der Liegenschaft entferne: es müsse eine Abbruch-/Baubewilligung vorliegen, es müsse eine Neunutzung durch einen Vertrag belegt werden können oder es müssten zwingende Gründe der Sicherheit oder des Denkmalschutzes für eine sofortige Räumung sprechen. Der lasche Umgang der Zürcher Stadtpolizei mit Hausbesetzern bedeutet nichts anderes als eine teilweise Enteignung der betroffenen Immobilien-Eigentümer. Immobilien-Besitzern wird grundsätzlich das Recht verweigert, eine Liegenschaft leer stehen zu lassen. Kann der Eigentümer keine der drei zusätzlich eingeforderten Voraussetzungen erfüllen, wird illegal anwesenden Besetzern/-innen das Bleiberecht eingeräumt. Die Liegenschaften verlieren durch deren unsachgemässen Umgang meistens an Wert, was lediglich bei einer Abbruchliegenschaft ausser Betracht fällt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb wird die Räumung einer illegal besetzten Liegenschaft an Voraussetzungen geknüpft?
2. Welche Rechtsgrundlage besteht für die von der Stadtpolizei eingeforderten Räumungsvoraussetzungen?
3. Welche Absichten hegt der Stadtrat, seine Strategie gegenüber Hausbesetzern in naher Zukunft zu ändern? Welche Änderungen des Vorgehens werden in Aussicht gestellt?
4. Wie viele Räumungsgesuche betroffener Eigentümer wurden wegen fehlender Voraussetzungen in den letzten fünf Jahren abgewiesen?
5. Wie viele Hausbesetzer/-innen wurden in den letzten fünf Jahren bei wie vielen Polizei-Aktionen aus illegal besetzten Liegenschaften entfernt? Wie viele davon wurden wegen Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung verzeigt?

6. Aus welchem Grund hat die Stadtpolizei allenfalls wie viele Verzeigungen unterlassen?
7. Wer bezahlte bei den Besetzungen der letzten fünf Jahre die Infrastrukturkosten (Wasser, Elektrizität, ISP)? Was war die Folge, wenn Eigentümer sich weigerten, diese Kosten zu begleichen?
8. Welche Schadenersatzforderungen haben Immobilien-Eigentümer in den letzten fünf Jahren wegen Sachbeschädigung im Zusammenhang mit Hausbesetzungen gestellt? Wer kam finanziell für die Behebung des Sachschadens auf?

Mitteilung an den Stadtrat

1874. 2011/395

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Roland Scheck (SVP) und 40 Mitunterzeichnenden vom 26.10.2011: Entwicklung des Stellenetats sowie des Personalaufwands ab dem Jahr 2003

Von Dr. Daniel Regli (SVP), Roland Scheck (SVP) und 40 Mitunterzeichnenden ist am 26. Oktober 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 676 vom 28. April 2004 dauerhaft eine grundsätzliche Stellenplafonierung für die Stadtverwaltung eingeführt (Ziff. II 2 S. 3, Dispositiv-Ziff.3). Trotz dieser Massnahme ist der Personalaufwand von 1.849 Mrd. CHF im Jahre 2002 auf 2.43 Mrd. im Jahre 2010 gestiegen. Im Budget 2012 beantragte der Stadtrat erneut einen markanten Anstieg der Personalkosten und veranschlagte für den Personalaufwand 2.658 Mrd. CHF.

In Beantwortung der Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2010/490 von Daniel Regli/Roland Scheck hat der Stadtrat Auskunft gegeben über die Entwicklung Personalbestände der einzelnen Departemente nach Funktionsstufen (FS) in den Jahren 2003-2009. Die Zahlenmatrix offenbart neben dem generellen und stetigen Personalwachstum ein übermässiges Wachstum des mittleren Kaders (FS 8-13). So hat sich die Zahl der Angestellten in den unteren, dienstleistenden Chargen (FS 1-5, Lohnsumme p.a. 56'000-69'000 CHF) in den Jahren 2003-2009 lediglich um 5% erhöht. Das Stellenwachstum bei FS 8-13 (Lohnsumme p.a. 101'000-162'000 CHF) erhöhte sich im selben Zeitraum um mehr als 29%. Speziell auffallend ist in diesen Jahren die starke Erhöhung der teuer bezahlten Kaderstellen auf FS 10 (+ 45%), FS 11 und FS 13 (+ 40%).

Es macht den Anschein, dass die Stadtregierung die Stellenplafonierung 2004 als reine Makulatur betrachtet. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat angesichts der Stellenplafonierung 2004 das gesamte Stellenwachstum 2003-2009 um ca. 1'700 Vollzeitstellen?
2. Wie erklärt der Stadtrat das überaus dominante Stellenwachstum bei den Funktionsstufen 8-13 in den Jahren 2003-2009?
3. Welche Bedeutung gibt der Stadtrat seinem Beschluss Nr. 676 vom 28. April 2004 zu einer grundsätzlichen Stellenplafonierung für die Stadtverwaltung (Ziff. II 2 S. 3, Dispositiv-Ziff.3)?
4. Wie viele Personen waren in welchen Funktionsstufen in den einzelnen Departementen der Stadt Zürich im Jahr 2010 angestellt (Bitte um detaillierte Auflistung gemäss Funktionsstufen, Departementen und Jahreszahlen)?
5. Welche Beträge wurden in den einzelnen Funktionsstufen im Jahre 2010 netto ausbezahlt (Bitte um detaillierte Auflistung aller Funktionsstufen)?
6. Welche Beträge wurden in den einzelnen Funktionsstufen im Jahr 2010 inkl. Lohnnebenkosten ausbezahlt (Bitte um detaillierte Auflistung aller Funktionsstufen)?

Mitteilung an den Stadtrat

1875. 2011/396

Schriftliche Anfrage von Daniel Meier (CVP) vom 26.10.2011: Netz- und Kapazitätsausbau der Mobilfunkinfrastruktur, Rahmenbedingungen und Unterstützungsmassnahmen

Von Daniel Meier (CVP) ist am 26. Oktober 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Dem kürzlich erschienen Umweltbericht 2011 der Stadt Zürich ist zu entnehmen, dass der weitere Handlungsbedarf im Bereich Elektromog aus Sicht der Stadt gering ist, da die seit dem Jahr 2000 gültige Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) nach wie vor wirkt. Weiter hält der Bericht fest, dass betreffend Einhaltung der Grenzwerte auf Zürcher Stadtgebiet kein Handlungsbedarf besteht und weiterhin keine wissenschaftlich begründeten Hinweise vorliegen, dass nichtionisierende Strahlung innerhalb der geltenden Grenzwerte Gesundheitsschäden verursachen könnte.

Ein jüngst in der Sendung Kassensturz (13. September 2011) ausgestrahlter Beitrag hat allerdings aufgezeigt, dass die Mobilfunkversorgung in der Stadt Zürich im Vergleich zu anderen Städten schlechter ist und damit ein Nachteil für die Standortattraktivität der Stadt Zürich von ganz anderer Seite droht. Es besteht die Gefahr, dass die Stadt Zürich im Bereich der Versorgung mit drahtlosen Kommunikationsdiensten abgehängt wird. Als die Wirtschafts- und Finanzmetropole der Schweiz sollte die Stadt Zürich auch im Bereich Mobilfunk für gute Rahmenbedingungen besorgt sein.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was unternimmt die Stadt Zürich konkret dafür, um die Rahmenbedingungen für die Versorgung der Stadt mit drahtlosen Telekommunikationsdiensten und somit die Standortattraktivität der Stadt Zürich zu verbessern? Welche Massnahmen werden insbesondere ergriffen, damit die Mobilfunkversorgung in Zürich auf möglichst hohem Niveau gehalten werden kann?
2. Wie unterstützt die Stadt Zürich die Mobilfunkanbieter, damit ein möglichst reibungsloser Netzaufbau und Kapazitätsausbau der Mobilfunkinfrastruktur in nützlicher Frist erreicht werden kann?
3. Wie unterstützt die Stadt Zürich investitionswillige Infrastrukturbetreiber bei der Suche nach sinnvollen Standorten für die zu erstellende Infrastruktur im Bereich Mobilfunk?

Mitteilung an den Stadtrat

1876. 2011/397

Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 26.10.2011:

Strassenstrich im Gebiet um die Zähringerstrasse, Massnahmen zur Eindämmung der Belastungen

Von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) ist am 26. Oktober 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Gebiet um die Zähringerstrasse wurde schon in früheren Jahren für den Strassenstrich genutzt. In jüngerer Zeit hat sich die Anzahl anwerbender Frauen jedoch deutlich erhöht und das Sexgewerbe, aber auch Gaffer und Freier, verhalten sich zunehmend störend. Die Situation ist für zahlreiche Anwohner, Verkaufsgeschäfte, Hotels und weitere Unternehmen unzumutbar geworden. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Situation an der Zähringerstrasse hinsichtlich Strassenstrich?
2. Sieht der Stadtrat im Hinblick auf die bevorstehende Schliessung des Sihlquais die Gefahr einer zusätzlichen Verlagerung des Strassenstrichs ins Niederdorf (auch über das aktuell frequentierte Gebiet hinaus), oder erwartet er durch die ebenfalls im Gesetzgebungsprozess befindliche Prostitutionsgewerbeverordnung – trotz stark reduziertem Strichplan – eher eine Verbesserung der Situation? Begründung?
3. Wird das in der Zähringerstrasse verfügte Nachtfahrverbot beachtet und wie ist dessen Wirksamkeit zu beurteilen?
4. Sieht der Stadtrat die Möglichkeit, bis zur Einführung der neuen Prostitutionsgewerbeverordnung im Sinne einer Güterabwägung den an der Schranke beim Predigerplatz eingesetzten Pfortner Übergangsweise eingangs Zähringerstrasse einzusetzen und dafür die Schranke beim Predigerplatz nachts bei unveränderter Signalisation vorübergehend offen zu lassen?
5. Sieht der Stadtrat die Möglichkeit, bis zur Einführung der Prostitutionsgewerbeverordnung nachts periodisch eine polizeiliche Fusspatrouille im Raum Zähringerstrasse einzusetzen?
6. Art. 10 der vorgeschlagenen Prostitutionsgewerbeverordnung sieht vor, dass bei übermässigen Immis-sionen eine Begrenzung der Anzahl Bewilligungen für die Strassenprostitution erlassen werden kann. Würde der Stadtrat bei Zuständen wie an der Zähringerstrasse eine solche Begrenzung ins Auge fassen? Begründung?
7. Offenbar dienen einzelne Liegenschaften als Basis für die dortige Strassenstrich-Szene. Liegen diesbezüglich die entsprechenden baurechtlichen Bewilligungen vor? Falls ja, weshalb wurden diese er-

teilt? Falls nein, was unternehmen die zuständigen städtischen Behörden gegen den baurechtswidrigen Zustand?

8. Für Strichzonen soll ein Wohnanteil von maximal 20% gelten. Dieser liegt in der Altstadt aber wesentlich höher. Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären?
9. Anwohnerschaft und Gewerbe im Raum der Zähringerstrasse attestieren der Polizei eine gute Arbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Dagegen wird die Arbeit der SIP hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Präsenz und aufgrund ihrer begrenzten Einsatzdauer wesentlich kritischer beurteilt. Ist die SIP das geeignete Mittel, um in einer derart auf-geheizten Situation für Ruhe und Ordnung zu sorgen?
10. Rund um die Zähringerstrasse sind während der Betriebszeiten des Strassenstrichs regelmässig Fahrzeuge mit ausländischen Nummernschildern (teilweise mit Zoll-Kennzeichen) – parkiert, in denen sich einer oder mehrere Männer aufhalten. Auch im übrigen Umfeld der Zähringerstrasse sind die Zuhälter schon mit einer bescheidenen Beobachtungsgabe leicht auszumachen. Werden diese Personen hinsichtlich ihrer Aufenthaltsgenehmigung überprüft?
11. Die SVP hat gegen den Strichplatz das Referendum ergriffen. Auch bei der Prostitutionsgewerbeverordnung ist ein Referendum denkbar. Welche Auswirkungen haben die daraus resultierenden Verzögerungen für die Zähringerstrasse?

Mitteilung an den Stadtrat

1877. 2011/398

Schriftliche Anfrage von Salvatore Di Concilio (SP) und Hans Urs von Matt (SP) vom 26.10.2011: Förderung der «KulturLegi» für sozial benachteiligte Menschen

Von Salvatore Di Concilio (SP) und Hans Urs von Matt (SP) ist am 26. Oktober 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Caritas Schweiz bietet sozial benachteiligten Menschen, welche nachweislich am oder unter dem Existenzminimum leben in verschiedenen Regionen der Schweiz eine „KulturLegi“ an. Sie erhalten damit Vergünstigungen bei Kultur-, Sport- und Bildungsangeboten sowie im Gesundheitsbereich. Über 270 Institutionen im Kanton Zürich gewähren eine Vergünstigung von mindestens 30 Prozent. In der ganzen Schweiz sind es sogar über 800 Angebotspartner, welche die „KulturLegi“ akzeptieren.

Auch aus sozial- und integrationspolitischen Überlegungen ist es sehr wünschenswert dieses Angebot einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es erleichtert in- und ausländischen Familien und Einzelpersonen mit bescheidenem Einkommen am kulturellen und sozialen Leben teilnehmen zu können, bzw. ihre Kinder teilnehmen zu lassen. Insbesondere bei Migrantinnen und Migranten kann die „KulturLegi“ noch bekannter gemacht und gefördert werden. Es ist unbestritten, dass die Teilnahme an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen die Integration von Kindern und Erwachsenen fördert und stärkt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Stadtrat der Meinung, dass die „KulturLegi“ unterstützungswürdig ist und die Verbreitung gefördert werden soll?
2. Ist der Stadtrat bereit, mit Caritas Schweiz Verhandlungen aufzunehmen damit über die „KulturLegi“ zu den bestehenden Angeboten (z. B. Sportamt, Deutschkurse und Suchtprävention) weitere städtische Angebote aufgenommen werden können (z. B. Angebote vom Zentrum Karl der Grosse)?
3. Bei welchen Angeboten der Stadt Zürich könnte sich der Stadtrat vorstellen, dass diese die „KulturLegi“ akzeptieren?
4. Wie werden die möglichen Nutzerinnen und Nutzer der „KulturLegi“ aktuell in den Kreisbüros, im Stadthaus, in den Sozialzentren, im Amt für Zusatzleistungen, etc. auf die „KulturLegi“ aufmerksam gemacht?
5. Welche Anstrengungen werden generell unternommen, um die KulturLegi breiter bekannt zu machen?
6. Macht die Integrationsförderung der Stadt (Integrationsberatung) aktiv Werbung für „KulturLegi“, weil Kultur, Sport und Bildung die Integration fördert und stärkt?
7. Wie werden die Bewohnerinnen und Bewohner von städtischen Alterswohnungen und Altersheimen auf die „KulturLegi“ aufmerksam gemacht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**1878. 2011/343****Aufgaben- und Finanzplan 2012 bis 2015**

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat den Aufgaben- und Finanzplan 2012–2015 zur Kenntnisnahme zugestellt (dat. 21. September 2011).

1879. 2011/268**Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 06.07.2011:
Umzug von Geomatik und Vermessung an die Weberstrasse, Raumkonzept**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1203 vom 28. September 2011).

1880. 2011/290**Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Bruno Sidler (SVP) vom 13.07.2011:
Nutzen und Kosten der gedruckten Publikationen der Stadt Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1255 vom 5. Oktober 2011).

1881. 2011/291**Schriftliche Anfrage von Marcel Schönbächler (CVP) und Florian Utz (SP) vom 13.07.2011:
Öffnung des Pendelbusses «ETH Science City Link» für die Quartierbevölkerung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1258 vom 5. Oktober 2011).

1882. 2011/297**Schriftliche Anfrage von Mirella Wepf (SP) vom 13.07.2011:
Bau des Hotels «Atlantis», Rahmenbedingungen für die Erteilung der Baubewilligung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1257 vom 5. Oktober 2011).

1883. 2011/298**Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 13.07.2011:
Art und Umfang der Zusammenarbeit der Dienste der Stadtpolizei mit anderen Polizeikorps**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1252 vom 5. Oktober 2011).

1884. 2011/299

Schriftliche Anfrage von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Urs Schmid (FDP) vom 13.07.2011:

Betrieb der städtischen Bibliothek für Gleichstellung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1250 vom 5. Oktober 2011).

1885. 2011/300

Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP) und Joachim Hagger (FDP) vom 13.07.2011:

ZüriPlan, Erstellungskosten und mögliche Kooperation mit anderen Anbietern und Diensten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1253 vom 5. Oktober 2011).

1886. 2011/104

Weisung vom 06.04.2011:

Liegenschaftsverwaltung, Verkauf einer Industrielandparzelle im Gebiet Hackacker in Urdorf

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. August 2011 ist am 30. September 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. November 2011.

1887. 2011/308

Weisung vom 27.08.2011:

Finanzdepartement, Humanitäre Hilfe im Ausland 2011, Dürrekatastrophe in Ostafrika, Fr. 150 000.– an das Schweizerische Rote Kreuz, Nothilfe im Nordosten Kenias

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 31. August 2011 ist am 6. Oktober 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. November 2011.

1888. 2011/94

Weisung vom 30.03.2011:

Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH), Neufestlegung der Sparbeiträge auf Basis des Beitragsmodells 2012 (Änderung von Art. 85 Abs. 2 Personalrecht, PR), Sonderregelung für Überbrückungszuschuss (Ergänzung von Art. 27 PR)

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 31. August 2011 ist am 6. Oktober 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. November 2011.

1889. 2011/141**Weisung vom 20.04.2011:****Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Hauptsitz Swiss Re», Zürich Enge und Vereinbarung zwischen Swiss Re und Stadt Zürich über die Verlagerung öffentlicher Parkplätzig**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 31. August 2011 ist am 6. Oktober 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. November 2011.

1890. 2011/51**Weisung vom 09.02.2011:****Tiefbauamt, Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn in Schwamendingen sowie für die damit zusammenhängende Aufweitung der Unterführung Saatlenstrasse, Erhöhung Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 31. August 2011 ist am 6. Oktober 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. November 2011.

1891. 2010/172**SK TED/DIB, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Bruno Wohler (SVP)**

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 24. Oktober 2011):

Theo Hauri (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1892. 2010/246**Weisung 14 vom 09.06.2010:****Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenordnung Parkkarten Blaue Zone**

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 1567 vom 15. Juni 2011 haben folgende 43 Ratsmitglieder (Quorum = 42 Ratsmitglieder gemäss Art. 12 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung) das Behördenreferendum ergriffen:

Bruno Amacker (SVP), Ruth Anhorn (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Michael Baumer (FDP), Dr. Guido Bergmaier (SVP), Marc Bourgeois (FDP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Fehr (SVP), Marina Garzotto (SVP), Joachim Hagger (FDP), Margrit Haller (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Theo Hauri (SVP), Marc Hohl (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Kurt Hüsey (SVP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Alexander Jäger (FDP), Alain Kessler (FDP), Tamara Lauber (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Daniel Meier (CVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Urs Rechsteiner (CVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Roland Scheck (SVP), Hedy Schlatter (SVP), Michael Schmid (FDP), Urs Schmid (FDP), Thomas Schwendener (SVP), Bruno Sidler (SVP), Claudia Simon (FDP), Heinz F. Steger (FDP),

Roger Tognella (FDP), Ruggero Tomezzoli (SVP), Mauro Tuena (SVP), Ursula Uttinger (FDP), Urs Weiss (SVP), Bruno Wohler (SVP).

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 2. November 2011, 17 Uhr.